

Schweizer Bank von 16.03.2016, von Johannes J. Schraner

Phantom- oder Echtschmerz

Sind Fidleg und Finig tatsächlich industriepolitische Massnahmen der grossen Banken gegen die kleinen? Wer welches Spiel in diesem Schauspiel spielt, sollte möglichst bald transparent gemacht werden.

Die Vorgänge sind ziemlich kurios und kakophon. 95 Prozent des gesamten Finanzplatzes sind laut Schweizerischer Bankiervereinigung für die neuen regulatorischen Auflagen des vorgeschlagenen Finanzdienstleistungs- und des Finanzinstitutsgesetzes (Fidleg und Finig). Und trotzdem laufen die beiden Vorlagen Gefahr, in der Schlussabstimmung in der Sommersession der eidgenössischen Räte auf politisches Grundeis zu laufen. Wie konnte es so weit kommen, und was sind die Konsequenzen des Durcheinanders? Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Ständerates ist Mitte Februar einstimmig auf die Vorlagen eingetreten und hat keine Rückweisung vorgenommen. Die WAK verlangt jedoch vom federführenden Finanzdepartement (EFD) viele Vereinfachungen, insbesondere zu den Bestimmungen der Unterstellung der Versicherer und der unabhängigen Vermögensverwalter.

Opting-in und Opting-out

«Selbst, wenn Eintreten beschlossen wird, sind die Chancen gut, dass das Gesetzespaket im Nationalrat versenkt wird», stellte Martin Janssen, Leiter der Beratergruppe Ecofin und Emeritus des Instituts für Banking und Finance der Universität Zürich, an einer Veranstaltung bereits anfangs Februar nüchtern fest. Wichtig sei die Grundidee des Gesetzes. Und Janssen präsentierte eine interessante Alternative. Man solle doch Finig und Fidleg ruhig versenken, weil die beiden Gesetzesvorschläge inhaltlich nur unwesentlich anders seien als Mifid II. Stattdessen schlägt der Finanzplatzdenker die freiwillige und direkte Übernahme von Mifid I und II durch Banken, Versicherungen und Vermögensverwalter im Sinn von Opting-ins und Opting-outs vor. Damit einhergehen, könnte eine freiwillige Unterstellung unter Mifid I und II von allen Kunden von Schweizer Banken. Ergänzt werden sollte die Übernahme durch eine verbesserte Sorgfaltsvereinbarung für eine kundenfreundliche Marktorganisation. Schliesslich schlägt Janssen eine Beschleunigung der Gerichtsverfahren zwischen Banken und unzufriedenen Kunden vor.

«Banken, Versicherungen und unabhängige Vermögensverwalter müssen sich schon heute an Mifid I und II halten, wenn sie Kunden aus der EU, aus Island, Liechtenstein oder Norwegen beraten», begründet Janssen seinen Vorschlag. Zudem würden es nur die ganz grossen Banken schaffen, gleichzeitig Mifid und Fidleg umzusetzen. «Fidleg und Finig sind industriepolitische Massnahmen der grossen Banken und der Finma gegen die kleinen Banken und die Vermögensverwalter», behauptet Janssen. Es reiche, wenn sich jene Banken an Mifid halten müssten, die das wegen des internationalen Haftungsabkommens von Lugano sowieso schon tun würden.

Schmerzhafte Folgen möglich

Nicht einverstanden mit dem Vorschlag von Janssen ist Martin Jufer, Leiter Kontinentaleuropa beim GAM und im Vorstand der Swiss Funds & Asset Management Association. Als international tätiger Asset Manager, der auch aus der Schweiz heraus Produkte anbiete, hoffe er auf eine rasche Umsetzung der neuen Finanzmarktarchitektur. Die Vorlagen dürften nicht voneinander getrennt behandelt werden, wie dies von gewissen Branchenvertretern gefordert werde. «Das würde die Umsetzung massiv verzögern und hätte für die Exportfähigkeit von Finanzprodukten und damit für den gesamten Finanzplatz schmerzhafte Folgen», warnt Jufer. Der Marktzugang für Schweizer Institute sei nötig, um den Finanzplatz nachhaltig zu stärken und seine Wettbewerbsfähigkeit langfristig sicherzustellen. Es sollte nicht nur im Interesse des Finanzplatzes sein, die Vorlage rasch zum Abschluss zu bringen, sondern auch im Interesse der politischen Seite.

» Fenster schliessen